

Gesetzentwurf

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gesetz zur Mitbestimmung beim Anliegerstraßenbau

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

In § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg vom 31. März 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 08], S.174), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32]) geändert worden ist, wird

a. in Absatz 1 der Satz 2 wie folgt neu gefasst: *„Übersteigt die Kostenbeteiligung der Beitragspflichtigen bei den für dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen zu erhebenden Beiträgen (Straßenbaubeiträge) 65 v. H. der beitragsfähigen Aufwendungen, dürfen diese Straßenbaubeiträge nur erhoben werden, wenn die Mehrheit der Beitragspflichtigen der geplanten Maßnahme zuvor zustimmt, sofern die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Durchführung der Maßnahme nicht verpflichtet sind.“*

b. in Absatz 1 ein neuer Satz 4 eingefügt mit den Wortlaut: *„Ist die Erhebung von Beiträgen geplant, hat die Gemeinde oder der Gemeindeverband die Beitragspflichtigen zu einem derart frühen Zeitpunkt über die geplante Maßnahme zu unterrichten, dass deren Hinweise und Einwendungen in der Planung der Maßnahme Berücksichtigung finden können.“*

c. in Absatz 2 der Satz 2 wie folgt neu gefasst: *„Sie werden von den Grundstückseigentümern als Gegenleistung erhoben, wenn ihnen durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Einrichtungen und Anlagen wirtschaftliche Vorteile geboten werden.“*

Artikel 2 **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Die Erhebung von Straßenbaubeiträgen ist immer wieder Gegenstand kontroverser Diskussionen in Städten und Gemeinden. Nicht selten sehen sich Anlieger von Straßen, die keinen überörtlichen Charakter haben, mit Ausbauparametern konfrontiert, die im Verhältnis zu den örtlichen Begebenheiten, Verkehrsbedürfnissen und infrastrukturellen Bedarfen überdimensioniert erscheinen. Dies führt zu einer Kostenbelastung, die in keinem Verhältnis zum behaupteten Mehrwert steht.

Bürgerinnen und Bürger werden mit Ausbaubeiträgen belastet, die ihrer Höhe nach nicht wenige überfordern. Die Höhe der Beiträge wird damit gerechtfertigt, dass die Maßnahme bei einer Anliegerstraße fast ausschließlich dem betreffenden Grundstück nutze. Auf den hieraufhin erfolgenden Einwand, dass dann doch der Anlieger selbst mitreden können sollte, inwiefern er diese Wertsteigerung wünscht, wird entgegengehalten, dass die Straße doch auch den zahlreichen anderen Verkehrsteilnehmern und sogar dem überörtlichen Verkehr diene.

Ziel dieses Gesetzesvorschlages ist, eine kostenmäßige Planungssicherheit für die Bürger zu ermöglichen. Sofern die Gemeinde eine Straße als Anliegerstraße einstuft und dementsprechend höhere Straßenbaubeiträge erhebt, sollen die Beitragspflichtigen über die geplante Maßnahme auch entscheiden dürfen. Sofern die Gemeinde die Mitbestimmung der Anlieger verhindern will, etwa weil die Straße überörtlichen Charakters sei, ist sie gehalten, diese etwa als Sammel- oder Haupteerschließungsstraße zu klassifizieren und dementsprechend geringere Beiträge zu erheben.

Gerade in ländlich geprägten Ortsteilen ist für die beitragspflichtigen Anlieger kein Mehrwert in einer breit ausgebauten, etwa mit Parktaschen und Nebenwegen versehenen Straße zu erkennen, wenn sie hierfür (wie häufig vorkommend) fünfstelligen Beträge zahlen müssen. Etwaige Angebote zur Eintragung von Grundschulden oder Hypotheken oder gar zum Verkauf des Grundstückes, um die Beiträge zahlen zu können, stellen eine Missachtung der Lebensleistung der Menschen dar. Der behauptete Verkehrswertgewinn ist rein theoretischer Natur. Gerade in Brandenburg wurden die Grundstücke durch die Bürgerinnen und Bürger erworben bzw. geerbt und bebaut oder ausgebaut, ohne dabei spekulative Wertsteigerungen im Blick zu haben.

Zugleich führen überdimensionierte Ausbauparameter auch zu einer negativen Beeinträchtigung des Ortsbildes und ziehen verstärkt Verkehr an. Der vorliegende Gesetzesvorschlag zwingt außerdem dazu, durch die Suche nach zustimmungsfähigen Ausbauparametern ressourcenschonende, sparsame Alternativen zu finden.

Die durchgeführten Bürgerentscheide zur Mitbestimmung beim Anliegerstraßenausbau in Bernau (20.10.2013) und Borkwalde (06.04.2014) brachten überwältigende Voten für eine verbindliche Befragung der Beitragspflichtigen. Dabei votierten auch die Nicht-Beitragspflichtigen in diesem Sinne und zeigten Solidarität mit den Zahlungsbelasteten.

Gemeinden, die eine verbindliche Mitbestimmung der Anlieger praktizieren, können auf positive Erfahrungswerte verweisen. Die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen wurde erheblich gesteigert. Die beitragspflichtigen Anlieger machen von ihrem Entscheidungsrecht umsichtig Gebrauch. Gelegentlich werden Ausbaumaß-

nahmen aktiv eingefordert. So wie diese Forderungen als Bürgerwille akzeptiert werden und Einfluss in die gemeindliche Entscheidung finden, sind auch Bürgervoten, die sich gegen derartige Maßnahmen aussprechen, zu respektieren.

Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass ab einer Beitragsbeteiligung von mehr als 65 % eine verbindliche Befragung stattfinden soll. Bei einer Lastentragung von rund zwei Dritteln oder mehr wird gemeinhin davon auszugehen sein, dass sowohl die bauliche Auswirkung nahezu ausschließlich auf den Beitragspflichtigen als auch die Akzeptanzbereitschaft eine Beteiligung erforderlich machen.

Durch die Einschränkung, dass das Mitbestimmungsrecht in Fällen, in denen die Gemeinde zur Durchführung der Maßnahme gesetzlich verpflichtet, nicht gilt, wird sichergestellt, dass Maßnahmen, die aus Verkehrssicherungsgründen oder in Wasserschutzgebieten durchgeführt werden müssen, in jedem Falle erfolgen können.

Durch den neuen Satz 4 soll darüber hinaus auch sichergestellt werden, dass Informationen über geplante Maßnahmen so frühzeitig und konkret gegeben werden, dass die Erhebung von Hinweisen und Einwendungen praktisch möglich ist. Nicht selten beklagen Bürgerinnen und Bürger, zu spät in Kenntnis gesetzt oder vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein. Durch diese Bestimmung soll bei allen Maßnahmen, bei denen die Bürger kostenmäßig beteiligt werden, eine frühestmögliche Einbindung sichergestellt werden.

Schließlich soll die bisherige pauschale Behauptung, dass Maßnahmen wirtschaftliche Vorteile für die Beitragspflichtigen bringen, durch eine Bestimmung ersetzt werden, die klarstellt, dass Beiträge erhoben werden können, wenn sich tatsächlich wirtschaftliche Vorteile nachweisen lassen. Oft erweisen sich die Maßnahmen als vorteilhaft für die Allgemeinheit (was zu begrüßen ist), bringen jedoch keinen zählbaren Mehrwert für den Beitragspflichtigen.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe